

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 30. April 2019,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2019.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2019**

| | |
|---|----|
| I. Aktuelle europapolitische Themen | 2 |
| 1. Zukunft der EU / Europa-Leitbild der Landesregierung | 2 |
| 2. Brexit | 3 |
| 3. Vertrag von Aachen und parlamentarische Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich | 7 |
| II. Europapolitische Veranstaltungen | 8 |
| III. Europafähigkeit und Europakommunikation | 10 |
| IV. Ausschuss der Regionen (AdR) | 12 |
| V. Landesvertretung Brüssel | 14 |
| VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit | 15 |
| VII. EU-Strategie für den Donauraum und EU-Strategie für den Alpenraum | 17 |
| VIII. Vier Motoren für Europa | 18 |
| IX. Zusammenarbeit mit Frankreich | 19 |
| X. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen | 22 |
| XI. Entwicklungspolitik | 25 |

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das erste Quartal des Jahres 2019 wurde europapolitisch weiter von der Zukunftsdebatte und den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich geprägt. In den Berichtszeitraum fiel ferner die Unterzeichnung des neuen Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Vertrag von Aachen).

1. Zukunft der EU / Europa-Leitbild der Landesregierung

Mit dem Europadialog Baden-Württemberg hat die Landesregierung 2018 die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union auf breiter Basis aufgegriffen (vgl. dazu bereits die Berichte über aktuelle europapolitische Themen, Drucksachen 16/3921, 16/4602, 16/5072, 16/5700).

Auf der Grundlage der Beiträge aus den Diskussions- und Beteiligungsveranstaltungen haben das Justiz- und Europaministerium und das Staatsministerium das Europa-Leitbild entwickelt und zusammen mit den Ressorts erstellt. Der Hauptteil des Leitbilds – „In welcher EU wollen wir in Zukunft leben“ – zeigt in zehn Zukunftsbildern die Richtung auf, welche die EU aus Sicht der Landesregierung künftig einschlagen soll. Unter zehn bildhaften Obersätzen formuliert die Landesregierung jeweils Forderungen an die EU-Ebene, aber auch an das Land selbst. Das Europa-Leitbild wird komplettiert durch einen Teil zu den aktuellen Herausforderungen, vor denen die EU steht, sowie einen Teil zu den Grundsätzen, die die Europapolitik der Landesregierung bestimmen.

Dieses Leitbild beinhaltet eine zukunftsweisende Erklärung der Landesregierung über ihr Selbstverständnis und ihre Grundprinzipien zur Europäischen Integration. Nach innen soll es Orientierung geben und handlungsleitend sowie motivierend sein. Nach außen macht es deutlich, wofür die Landesregierung in der Europapolitik steht. Mit dem

Leitbild bringt sich das Land aktiv in die aktuelle Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ein.

Das Europa-Leitbild wurde 17. Januar 2019 vom Kabinett beschlossen und am 21. Januar 2019 in Brüssel an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker übergeben. Das Europa-Leitbild stand auch im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs am 21. Januar 2019 in Brüssel. Mit dem Europadialog in Baden-Württemberg ist es gelungen, die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite bei der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union mitzunehmen. Die Begegnungen haben gezeigt, wie viel Expertise und Interesse an der Europäischen Union es in unserem Land gibt.

In der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags am 15. Januar 2019 hat Herr Minister Guido Wolf die Grundzüge des Leitbilds vorgestellt. Am 23. Januar 2019 fand eine Regierungsinformation zum Europa-Leitbild im Landtag durch Herrn Ministerpräsident Kretschmann und Herrn Minister Wolf statt.

Das Leitbild ist in gedruckter Form und als ePaper unter <https://europadialog.baden-wuerttemberg.de/de/das-europa-leitbild-der-landesregierung/> verfügbar.

Das Europa-Leitbild der Landesregierung soll Anstoß geben, die Debatte über die Zukunft der EU weiter zu führen. Hierzu wurde in einem ersten Schritt die gedruckte Fassung an zahlreiche Empfänger auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene versandt. Das Justiz- und Europaministerium wird das Europa-Leitbild u. a. im Rahmen seiner Europaöffentlichkeitsarbeit in der Fläche bekannt machen.

2. Brexit

Im ersten Quartal 2019 gab es große Dynamik im Austrittsprozess: Das britische Unterhaus hat sich mehrfach mit dem Austrittsabkom-

men befasst; auf zwei Gipfeltreffen haben sich die Staats- und Regierungschefs über die Verschiebung des ursprünglich für den 29. März 2019 vorgesehenen Austritts verständigt.

Das britische Unterhaus stimmte am 15. Januar 2019 erstmals über das Austrittsabkommen ab, das die EU und das Vereinigte Königreich Ende November 2018 vereinbart hatten. Die Abgeordneten brachten mit 432 gegen 202 Stimmen klar ihre Ablehnung zum Ausdruck. Die Gründe für die Ablehnung waren dabei vielfältig: Einer Gruppe von Abgeordneten ist die Trennung von der EU nicht deutlich genug, insbesondere wegen der Rückfallregelung für die nordirisch/irische Grenze („Backstop“). Einer anderen Gruppe, insbesondere der oppositionellen Labour-Partei, ist die Trennung von der EU zu scharf; sie wünschen eine engere Anbindung durch Beteiligung an Zollunion und/oder Binnenmarkt. Andere fordern den Verbleib in der EU oder ein erneutes Referendum.

Premierministerin May trat daraufhin erneut in Verhandlungen mit der EU ein und erwirkte eine gemeinsame Protokollerklärung zu den Wirkungen des „Backstop“. Das so ergänzte Abkommen legte Premierministerin May dem Unterhaus am 12. März 2019 vor. Wiederum lehnte das Unterhaus mit klarer Mehrheit ab. Unmittelbar darauf sprach sich das Unterhaus deutlich dafür aus, einen unregelmäßigten Brexit („No Deal-Brexit“) auf jeden Fall zu vermeiden.

Auf Ersuchen Mays beschlossen die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat am 22./23. März 2019 die zweistufige Verschiebung des ursprünglich für den 29. März 2019 vorgesehenen Austritts: Sollte das Austrittsabkommen in einem dritten Versuch bis zum 29. März 2019 noch eine Mehrheit bekommen, sollte der Austritt zum 22. Mai 2019 erfolgen, ansonsten zum 12. April 2019.

Das britische Unterhaus lehnte das Austrittsabkommen allerdings auch im dritten Versuch ab. Zugleich zeigte sich in mehreren Probeabstim-

mungen („indicative votes“), dass es für keine Form des Brexit eine positive Mehrheit gibt.

May kündigte daraufhin Gespräche mit der oppositionellen Labour-Partei an, um einen parteiübergreifenden Kompromiss auszuloten. Gleichzeitig wandte sie sich erneut an den Europäischen Rat und ersuchte um Verlängerung der Austrittsfrist. Auf einem Sondergipfel am 10. April 2019 beschlossen die Staats- und Regierungschefs eine Verlängerung bis 31. Oktober 2019, wobei ein früherer Austritt möglich bleibt, wenn das Austrittsabkommen schon vorher ratifiziert wird.

In den kommenden Wochen wird nun abzuwarten sein, ob sich die konservativen Tories und die Labour-Partei auf eine Brexit-Variante einigen können. Sollte dies nicht der Fall sein, sind verschiedene Szenarien denkbar, darunter eine Regierungsumbildung, Neuwahlen oder ein erneutes Referendum.

Vorbereitung auf den Brexit

Die Vorbereitungen auf den Brexit, geregelt oder ungeregelt, sind im Berichtszeitraum im Land, im Bund und auf EU-Ebene fortgeschritten.

Der Landtag hat auf Initiative der Landesregierung am 20. März 2019 das Brexit-Übergangsgesetz für Baden-Württemberg (BrexitÜG-BW, GBl. 2019, 65) beschlossen. Es implementiert den Übergangszeitraum, der im Austrittsabkommen vorgesehen ist, im baden-württembergischen Landesrecht. Es regelt zudem, in welchen Bereichen eine Gleichstellung des Vereinigten Königreichs mit einem EU-Mitgliedstaat nicht erfolgt. Das BrexitÜG-BW schafft so Rechtsklarheit für die Rechtsanwender im Land. Es tritt (nur) in Kraft, wenn das Austrittsabkommen in Kraft tritt. Auch die anderen deutschen Länder haben entsprechende Regelungen geschaffen. Der Bundestag hatte ein entsprechendes Bundesgesetz am 17. Januar 2019 verabschiedet.

Da der Brexit in erster Linie den Regelungsbereich der EU betrifft, sind gesetzgeberische Maßnahmen zur Vorbereitung eines „No Deal-Brexit“ vor allem auf EU-Ebene geboten. Entsprechend hat die Kommission zahlreiche Vorschläge unterbreitet, etwa für den Luft- und Güterverkehr (BR-Drs. 14/19 und BR-Drs. 16/19), mit denen das Land im Bundesrat befasst war.

Daneben gibt es einzelne Bereiche des Bundesrechts, in denen die Bundesregierung Übergangsregelungen vorgeschlagen hat (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit), die im ersten Quartal den Gesetzgebungsprozess durchlaufen haben.

Im Berichtszeitraum fanden zudem zwei Sitzungen der informellen Bund-Länder-AG Brexit statt (23. Januar und 7. März 2019), in denen sich die Vertreter der Länder und des Bundes über den Fortgang der Verhandlungen und die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen ausgetauscht haben.

Im Land tagte die interministerielle Brexit-Arbeitsgemeinschaft am 25. Februar 2019.

Die Landesregierung schreibt derzeit ihre Brexit-Folgenabschätzung fort; diese wird dem Landtag demnächst mit separatem Schreiben zugehen.

3. Vertrag von Aachen und parlamentarische Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich

Die Neuauflage des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag) aus dem Jahr 1963 fand im 1. Quartal 2019 ihren Abschluss.

Vertrag von Aachen

Am 22. Januar 2019 unterzeichneten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sowie die beiden Außenminister den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, kurz „Vertrag von Aachen“. Aus Sicht der Landesregierung sind die Ziele und Maßnahmen des Vertrags zur Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit insgesamt sowie vor allem die Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einem eigenen Kapitel sehr zu begrüßen.

Im Staatsvertrag sowie in der anlässlich der Unterzeichnung veröffentlichten Projektliste wurden mehrere für die Landesregierung wichtige Projekte als prioritär identifiziert: ein deutsch-französisches Netzwerk für Künstliche Intelligenz, der Zukunftsprozess Fessenheim, die Einrichtung eines Bürgerfonds für grenzüberschreitende Projekte und Städtepartnerschaften sowie der Ausbau im grenzüberschreitenden Verkehr, besonders die Bahnstrecke Colmar-Freiburg. Am 4. April 2019 sind die Länder zu einer Unterrichtung über die Umsetzung des Vertrags und das Ratifikationsersatzverfahren in das Auswärtige Amt eingeladen.

Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit von Bundesrat und französischem Senat

Am 19. März 2019 unterzeichnete Herr Minister Wolf als EU-Ausschussvorsitzender des Bundesrates in Paris die gemeinsame Erklärung zwischen Bundesrat und französischem Senat zur Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen mit. Kern der gemeinsamen Erklärung ist eine vertiefte gemeinsame Zusammenarbeit von Bundes-

rat und französischem Senat. Für die beiden Parlamentskammern unterzeichneten Bundesratspräsident Daniel Günther und Senatspräsident Gérard Larcher. Herr Staatssekretär Ratzmann nahm ebenfalls an der Zeremonie teil. Anstoß der Erklärung war eine gemeinsame Mitteilung der beiden EU-Ausschussvorsitzenden des französischen Senats, Senator Jean Bizet, und des Bundesrates, Minister Wolf, bei einer gemeinsamen Sitzung von Delegationen beider Ausschüsse im April 2018. Die nunmehr unterzeichnete Erklärung fußt auf einem Dokument, das die Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppen von Senat und Bundesrat am 21. September 2018 verabschiedet hatten und das im Weiteren von den EU-Ausschüssen beider Kammern fortgeschrieben und ergänzt wurde.

Deutsch-französisches Parlamentsabkommen

Mit der Unterzeichnung eines deutsch-französischen Parlamentsabkommens besiegelten die Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, und der französischen Assemblée nationale, Richard Ferrand, am 25. März 2019 in Paris außerdem den Willen der beiden Parlamente zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit. Im Anschluss an die Unterzeichnung tagte zum ersten Mal die mit dem Parlamentsabkommen gegründete Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Sie setzt sich aus 50 deutschen und 50 französischen Abgeordneten zusammen. Per Akklamation wählte die Versammlung den Bundestagsabgeordneten Andreas Jung (Wahlkreis Konstanz) und die französische Abgeordnete Sabine Thillaye (La République en Marche) zu Vorsitzenden.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Neujahrsempfang und Auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel

Verbunden mit dem Neujahrsempfang des Landes tagte die Landesregierung mit hochrangigen Gästen aus den EU-Institutionen am 21. und 22. Januar 2019 in Brüssel. In diesem Jahr waren EU-Kommissar Günther Oettinger zum Thema Nächster Mehrjähriger Finanzrahmen,

Dr. Sabine Weyand, stellvertretende Chefunterhändlerin der EU, für den Brexit und Jean-Eric Paquet, Generaldirektor für Forschung, zu den Themen Forschung und Künstliche Intelligenz im Kabinett zu Gast.

Veranstaltung zum Brexit in der Landesvertretung Berlin

Am 19. Februar 2019 fand in der Landesvertretung in Berlin eine nichtöffentliche Veranstaltung zum Thema „Brexit – Sachstand und Ausblick“ statt. Als Referentin konnte ebenfalls Frau Dr. Sabine Weyand von der Europäischen Kommission gewonnen werden. Frau Dr. Weyand verhandelte die komplizierten Einzelheiten mit und informierte über den aktuellen Sachstand und mögliche Konsequenzen sowohl für die EU 27 als auch für das Vereinigte Königreich. Etwa 180 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Botschaften, Medien, Ministerien und Stiftungen nahmen teil.

Verleihung der Staufermedaille am 15. Januar 2019

Alle zwei Jahre ehrt das Ministerium der Justiz und für Europa Personen für ihr ehrenamtliches Engagement. Die acht diesmal geehrten Personen haben sich in besonderer Weise in der Jugendarbeit oder der Arbeit mit jungen Erwachsenen engagiert und dabei ein tieferes Verständnis für die Bedeutung des Europäischen Einigungsprozesses, das Zusammenwachsen Europas und seine gemeinsamen Werte vermittelt. Die Ehrung durch Herrn Minister Wolf fand am 15. Januar 2019 in Gegenwart von Familie und Freunden, Vertretern aus den Heimat-Gemeinden der Geehrten sowie mehreren Landtagsabgeordneten statt.

EU-Schulprojekttag 2019

Beim EU-Schulprojekttag gehen bundesweit Politikerinnen und Politiker in Schulen und diskutieren mit den Schülerinnen und Schülern über Europa. In diesem Jahr sollte der EU-Schulprojekttag am 25. März bzw. in zeitlicher Nähe zu diesem Termin stattfinden. Herr Minister Wolf besuchte am 18. März 2019 das Immanuel-Kant-Gymnasium

in Tuttlingen und kam dort ins Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern. Informationen zu weiteren vom Bundespresseamt registrierten Besuchen in Baden-Württemberg finden sich unter <https://www.bundesregierung.de/dynamic/action/breg-de/themen/europa/eu-projekttag-an-schulen/registrierte-schulbesuche/1562002/baden-wuerttemberg>.

Outdoor-Veranstaltungen im Rahmen der Europawahlkampagne

Im März 2019 starteten in mehreren Städten im Land die Aktionsveranstaltungen im Rahmen der vom Ministerium der Justiz und für Europa initiierten landesweiten Europawahlkampagne. Die Veranstaltungen werden jeweils auf öffentlichen Straßen und Plätzen mit möglichst hohem Besucherverkehr durchgeführt und richten sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Sie dienen dazu, auf die Europawahl aufmerksam zu machen und die Wahlberechtigten zur Ausübung ihres Wahlrechts zu motivieren. Vor Ort sind die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich in einem Informationspavillon zu Fragen rund um die Europawahl zu informieren und über Europa ins Gespräch zu kommen. Daneben werden zahlreiche interaktive Stationen als Publikumsmagnet und Gesprächsimpuls angeboten, darunter ein Europa-Puzzle, ein Europa-Duell und eine Foto-Aktion.

Bisherige Standorte waren am 23. März 2019 in Waldshut-Tiengen, am 25. März 2019 in Rottenburg, am 30. März 2019 in Schwetzingen und am 31. März 2019 in Freudenberg. Informationen zu weiteren bis zur Wahl stattfindenden Veranstaltungen unter www.europawahl.europa-bw.de.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Erfahrungsaustausch Baden-Württemberg / Bayern

Am 24. Januar 2019 fand ein intensiver Erfahrungsaustausch über Entsendungen an EU-Institutionen zwischen den Personalverantwortlichen der Ressorts in Baden-Württemberg und in Bayern bei einem

Treffen in Ulm statt. Bayern liegt zwar, was die reine Anzahl der europäischen Entsendungen angeht, an der Spitze der deutschen Länder. Jedoch zeichnet sich Baden-Württemberg weiterhin durch den Dynamischen Europapool mit seinen verschiedenen Einsatzprogrammen, Fortbildungs- und Netzwerkveranstaltungen als wirksames Instrument zur Stärkung der Europafähigkeit der Landesverwaltung aus.

Abordnungen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Die Bundesministerien haben im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 einen erhöhten Personalbedarf und haben die Länder um Unterstützung gebeten. Das Ministerium der Justiz und für Europa beabsichtigt, im Rahmen des Dynamischen Europapools mehrere Landesbedienstete an den Bund abzuordnen. Die Landesbediensteten wurden deswegen über die Ressorts und in öffentlichen Ausschreibung zur Einreichung von Bewerbungen aufgefordert.

Kooperationen

Das Ministerium der Justiz und für Europa und die Europe Direct Informationszentren (EDIC) in Baden-Württemberg pflegen eine rege Kooperation in der Europaöffentlichkeitsarbeit. Dazu gehörten im Berichtszeitraum u.a. folgende Gemeinschaftsprojekte:

Studienfahrten nach Straßburg

EDIC Ostalb – am 16. Januar 2019 (36 Personen)

EDIC Ostalb – am 13. Februar 2019 (44 Personen)

EDIC Karlsruhe – am 13. Februar 2019 (48 Personen)

Multimediapräsentationen DOKULIVE mit dem Thema „Europäisches Parlament“

EDIC Ostalb in der Hochschule in Aalen am 24. Januar 2019 (Vormittagsveranstaltung mit Schülern: 240 Personen, Abendveranstaltung im Rahmen des Studium Generale: 90 Personen).

Videobotschaft 2019

Es wurde eine Videodokumentation zum Thema „Baden-Württemberg – Meinungen zu Europa in den Städten der Europe Direct Zentren“ in Aalen, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Stuttgart hergestellt, die im Rahmen der medialen Europaöffentlichkeitsarbeit der Kooperationspartner genutzt wird (z.B. <https://de-de.facebook.com/BadenWuerttembergInEuropa/>).

Straßburg-Studienfahrt mit den Gewinnerinnen und Gewinnern aus dem Fotowettbewerb 2018 „Europa-Kalender 2019“

Die Gewinnerinnen und Gewinner des Fotowettbewerbs zur Herstellung eines Europa-Kalenders 2019 wurden zu einer Studienfahrt nach Straßburg zum Europäischen Parlament eingeladen. Die Fahrt fand am 12. Februar 2019 mit 30 Personen statt.

Europa-Hymne

Im Januar wurde breitflächig zur Aktion „Europahymne“ aufgerufen. Die Bürgerinnen und Bürger waren eingeladen, Selfie-Videos aufzunehmen, auf denen sie alleine oder zu mehreren die Europahymne singen. Die eingesendeten Aufnahmen werden in einem animierten Mash-Up-Video-clip zu einem großen Chor zusammengefügt. Der Clip soll ab Anfang Mai abrufbar sein, möglichst weit verbreitet werden und dazu beitragen, auf die Europawahl am 26. Mai 2019 aufmerksam zu machen.

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

Die 133. Plenarsitzung des AdR am 6./7. Februar 2019 war überschattet vom Mord am Danziger Oberbürgermeister und AdR-Mitglied Pawel Adamowicz. Aus diesem Anlass verabschiedete der AdR eine Erklärung gegen Hassreden.

Ein Schwerpunkt der Sitzung war die Aussprache über die Prioritäten des rumänischen Ratsvorsitzes mit Premierministerin Vasilica Viorica Dăncilă. Europaminister Wolf betonte in seiner Rede die Bedeutung der rechtsstaatlichen Standards für den Zusammenhalt in der EU und appellierte an die rumänische Regierung, die Einwände der Europäischen Kommission und der Venedig-Kommission des Europarats gegen die rumänische Justizreform ernst zu nehmen. Mit Blick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 bat er den Ratsvorsitz, seine Amtszeit für Fortschritte in den Verhandlungen zu nutzen. Ziel müsse es sein, die Verhandlungen noch 2019 abzuschließen, um einen rechtzeitigen Beginn der Förderprogramme ab 2021 zu ermöglichen.

Der Mehrjährige Finanzrahmen war auch Thema in der gemeinsamen Sitzung der deutschen und österreichischen Delegation. EU-Kommissar Oettinger berichtete dort über den aktuellen Stand der Verhandlungen und ging insbesondere auf die künftige Kohäsionspolitik ein.

Das AdR-Plenum befasste sich auch mit dem Erasmus-Programm und der künftigen Erasmus-Kulturförderung der EU. EU-Kommissar Tibor Navracsics berichtete über die Vorschläge der Kommission und plädierte dafür, die Mittel für Erasmus zu erhöhen. Die AdR-Mitglieder nahmen zu beiden Themen Stellungnahmen an. Angenommen wurden auch Stellungnahmen zur künftigen Agenda für Forschung und Entwicklung, zur Künstlichen Intelligenz und zum Thema Straßenverkehrssicherheit und automatisierte Mobilität. Die Vertreter der Kommunen und Regionen befassten sich ferner erneut mit den Auswirkungen des Brexit sowie mit der Rolle der Regionen und Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit.

V. Landesvertretung Brüssel

17. Januar 2019: Gespräche von Minister Wolf in Brüssel zu den Themen Subsidiarität, Zukunft der EU und Tourismus

Am 17. Januar 2019 führte Minister Wolf Gespräche mit dem deutschen EU-Botschafter Michael Clauß zu aktuellen Themen und Fragen der Subsidiarität sowie mit Benjamin Hartmann, EU-Kommission („EPSC – European Political Strategy Centre“, dem Think-tank der EU-Kommission). Beim Brauchtumsempfang am Abend zum Thema „Schwäbisch-alemannische Fastnacht“ wurde vor Brüsseler Publikum Baden-Württemberg mit der Fastnacht als einzigartiger Tradition als touristisches Highlight aus dem Land beworben. Mit Blick auf die Bemühungen, die „Schwäbisch-alemannische Fastnacht“ in die Liste der UN-Weltkulturgüter aufzunehmen, aber auch mit Blick auf EU-Förderprogramme im Bereich Kultur/Kulturelles Erbe, führte Minister Wolf Gespräche gemeinsam mit der Delegation des VSAN und EU-Kommissar Günther Oettinger.

6./7. Februar 2019: Gespräche und Veranstaltungen am Rande der AdR-Plenarsitzung

Am Rande der AdR-Plenarsitzung am 6./7. Februar 2019 hatte Minister Wolf am Abend des 6. Februar zu einem informellen Gedankenaustausch zu den Themen neues EU-Parlament, neue Kommission und Zukunft der EU eingeladen; es nahmen u.a. teil der Generalsekretär der Europäischen Kommission, Martin Selmayr, und die deutsche EU-Botschafterin Susanne Szech-Kondouros. Im Rahmen des Brüssel-Termins fand noch ein Gespräch mit dem Generalsekretär des EU-Parlaments, Klaus Welle, statt. Am 7. Februar eröffnete Minister Wolf die gemeinsame Ausstellung „Blind Date – die schöpferische Kraft des Plötzlichen.“ des Ravensburger Künstlers Manfred E. Scharpf und des jungen afrikastämmigen Graffitikünstlers aus Frankreich „DEN END“ (Denis Lacroix).

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Zukunft der Interreg-Programme nach 2020

Das Staatsministerium hat sich intensiv mit dem von der EU-Kommission Ende Mai 2018 vorgelegten Entwurf für eine Verordnung zur künftigen Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) und dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 16. Januar 2019 befasst. Neben dem Austausch mit dem Büro des Berichterstatters der ETZ-Verordnung im Europäischen Parlament, Herrn Pascal Arimont, standen vor allem Gespräche von Herrn Staatssekretär Ratzmann sowie des Fachreferats des Staatsministeriums mit den Bundesressorts (BMWi, BMI, AA) und der Bundesratsvertreterin in der Ratsarbeitsgruppe Strukturpolitik im Vordergrund. So konnten im Hinblick auf die Verhandlungen in der Ratsarbeitsgruppe sowie im Trilog wichtige Anliegen erläutert sowie auf die Notwendigkeit der engen Abstimmung mit den Ländern hingewiesen werden.

Beide Interreg-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein haben bereits 2018 mit den Planungen zur Interreg-Förderperiode 2021 bis 2027 begonnen. Im Programm Interreg Oberrhein fanden im Berichtszeitraum zwei Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe statt, die sich um die Programmierung der neuen Förderperiode kümmern. In der Zwischenzeit wurde bereits eine erste Abfrage bei den Programmpartnern zu möglichen Schwerpunkten für den Programmraum Oberrhein für die Förderperiode 2021-2027 durchgeführt. Für das Land Baden-Württemberg erfolgte eine Einbindung der Ressortebene sowie der betroffenen Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg. Ebenfalls wurde die sozio-ökonomische Analyse an einen Dienstleister vergeben. Im nächsten Schritt sind die Einbindung von Stakeholdern zu zehn festgelegten Themenbereichen und eine öffentliche Beteiligung im Herbst 2019 geplant. Das Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein hat sich am 21. Februar 2019 in Konstanz zu einer weiteren Sitzung der Programmierungsgruppe getroffen, um die Planungen für die neue Förderperiode voranzutreiben.

Hier wurde unter anderem über die mögliche Gestaltung der Entscheidungsgremien im Programm diskutiert.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am 21. März 2019 fand im Kloster Fischingen unter dem Vorsitz des Kantons Thurgau die Sitzung des Ständigen Ausschusses der IBK statt. Diskutiert wurde ein Zeitplan zur Entwicklung eines neuen Finanzierungskonzepts. Anlass hierfür ist das bevorstehende Auslaufen der Interreg-Förderung für die IBK-Geschäftsstelle ab dem Jahr 2021. Das Land setzt sich für die eigenständige Finanzierung der IBK-Geschäftsstelle ohne Interreg-Mittel ein. Ende 2019 sollen die ermittelten Varianten den Regierungschefs zur Entscheidung vorgelegt werden.

In den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee gibt es aufgrund der Erschließung neuer Kiesabbaugebiete großen Widerstand in der Bevölkerung. Insbesondere Kiesexporte von Baden-Württemberg in die Schweiz und nach Österreich wurden in der Vergangenheit im Bodenseeraum immer wieder von der Öffentlichkeit kritisiert. Daher wurde auf Antrag des Landes Baden-Württemberg beschlossen, dass die Raumordnungskommission der IBK bis zum nächsten Ständigen Ausschuss im Mai 2019 einen Vorschlag vorlegt, wie ein jährlicher Informationsaustausch zu mineralischen Stoffströmen zwischen den IBK-Mitgliedern erfolgen kann. Aus Sicht Baden-Württembergs hilft dieser Austausch, eine bisher nicht existente, transparente und faktenbasierte Datengrundlage für die Bodenseeregion zu schaffen und dadurch die Debatte zu versachlichen.

Des Weiteren wurde eine Delegationsreise der Regierungschefs nach Bern im Herbst 2019 festgelegt, bei der die Wahrnehmung der Bodenseeregion als zukunftsfähiger Standort erhöht und auch die kommende Förderperiode von Interreg aus Sicht der Bodenseeregion thematisiert werden soll.

VII. EU-Strategie für den Donaoraum und EU-Strategie für den Alpenraum

Siebter Donausalon in der Landesvertretung Berlin

Am 7. März 2019 fand in der Landesvertretung in Berlin der siebte Donaosalon statt; in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Botschaft Kroatiens. Anlässlich der Internationalen Tourismusbörse (ITB) ging es schwerpunktmäßig um das Thema Digitalisierung und Tourismus in den Donauländern. Auf die Grußworte von Frau Staatsministerin Theresa Schopper und Herrn Minister Guido Wolf sowie Herrn Staatssekretär Tonči Glavina und Herrn Gespan Ivan Anušić für die kroatischen Gäste folgte eine Podiumsdiskussion, an der sich Experten aus verschiedenen Donauländern beteiligten. Anschließend fand ein buntes Abendprogramm statt, an dem insgesamt ca. 600 Besucherinnen und Besucher aus dem Donaoraum teilnahmen.

Revision des Aktionsplans der EU-Strategie für den Donaoraum (EUSDR)

Schriftliche Grundlage der EUSDR ist eine Mitteilung der Europäischen Kommission und ein Aktionsplan, der die Prioritäten und konkreten Aktivitäten zur Umsetzung der Strategie konkretisiert. Der Aktionsplan ist seit 2011 grundlegend unverändert geblieben. Inzwischen sind jedoch neue Herausforderungen erwachsen, und auch politische Ziele wurden neu formuliert. Um den Aktionsplan an die Erfordernisse anzupassen, soll er als wichtigstes Arbeitsdokument der EUSDR grundlegend überarbeitet werden. Am 14. und 15. Februar 2019 wurden auf einer Sitzung der Nationalen Koordinatoren der EUSDR unter Teilnahme des Staatsministeriums das weitere Vorgehen und der Zeitplan für diese Revision festgelegt.

Das Staatsministerium lud dazu am 1. April 2019 zu einem Informations- und Beteiligungstag ein, um über den aktuellen Sachstand der Revision des Aktionsplans zu informieren und den Akteuren aus Baden-Württemberg die Möglichkeit zur Diskussion zu geben. Die Ergebnisse werden dann mit den Inhalten des bestehenden Kabinettsbe-

schlusses aus 2017 zur Umsetzung der EUSDR in Baden-Württemberg und den Ergebnissen einer Ressortbefassung in die Formulierung einer deutschen Position zur Überarbeitung des Aktionsplans einfließen.

Auftaktveranstaltung der italienischen Präsidentschaft der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) in Mailand

Frau Staatsministerin Schopper nahm am 28. Februar 2019 an der politischen Auftaktveranstaltung der italienischen EUSALP-Präsidentschaft in Mailand teil. Italien hat zum 1. Januar 2019 für ein Jahr die Präsidentschaft der EUSALP von Tirol übernommen und wird diese Anfang 2020 an Frankreich übergeben. Die italienische EUSALP-Präsidentschaft wird federführend von der Lombardei umgesetzt, die auch die Aktionsgruppe 1 „Forschungs- und Innovationsökosystem“ leitet. Als Querschnittsthema hat die italienische EUSALP-Präsidentschaft „Green Economy“ gewählt. Weiterhin wird sie sich mit den Themen Kernalpengebiete und abgelegene Regionen, Entrepreneurship (speziell für junge Menschen) sowie Finanzierungsinstrumente und Verzahnung der EUSALP mit Finanzierungsquellen befassen.

VIII. Vier Motoren für Europa

Fact Finding Mission zur Transformation der Automobilwirtschaft

Ein Schwerpunktthema der Präsidentschaft Baden-Württembergs über die Vier Motoren für Europa war die Transformation der Automobilwirtschaft. Am 21. Januar 2019 reiste diesbezüglich eine Delegation der Vier Motoren nach Brüssel, um den politischen Austausch zu Mobilitätsfragen mit zentralen Ansprechpartnern in Brüssel voranzutreiben. Die Delegation unter Leitung von Frau Staatsministerin Schopper traf sich mit Vertretern der Kommission, des Ausschusses der Regionen sowie von Automobilverbänden, ACEA, VDA, dem französischen Zulieferverband PFA und dem Zusammenschluss von Umwelt-NGOs, Transport & Environment.

Bereits seit mehreren Jahren arbeiten die Elektromobilitätscluster der vier Regionen unter Leitung der e-mobil BW in einer Arbeitsgruppe zusammen. Bei den Gesprächspartnern herrschte Einigkeit, dass die Hauptherausforderungen des Transformationsprozesses der Automobilwirtschaft unter anderem in der CO₂-Reduzierung und der Digitalisierung liegen. Gerade zu diesen Themen sind nach ihrer Ansicht ein kontinuierlicher Dialog und gemeinsames Lernen zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig.

IX. Zusammenarbeit mit Frankreich

Fessenheim – Unterzeichnung einer politischen Absichtserklärung

Am 1. Februar 2019 unterzeichnete Herr Staatssekretär Volker Ratzmann mit zahlreichen regionalen Akteuren aus Frankreich und Deutschland auf französische Initiative in Anwesenheit des französischen Umweltministers François de Rugy in Vogelsheim eine politische Absichtserklärung zum „Zukunftsprozess Fessenheim“. In diesem Strategieprozess, der seit Januar 2018 durch einen politischen Lenkungsausschuss koordiniert wird, entwickeln die regionalen Akteure Ideen zur Gestaltung und Nutzung des aktuellen Geländes des elsässischen Atomkraftwerks Fessenheim sowie von großen Gewerbeflächen im direkten Umfeld. Nach Ankündigung der französischen Regierung sollen im März 2020 Reaktorblock 1 und im August 2020 Reaktorblock 2 des Atomkraftwerks abgeschaltet werden.

Im Mittelpunkt der unterzeichneten Absichtserklärung standen vier strategische Schwerpunkte: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Rahmen des Strukturwandels, die Verbesserung von Verkehrsanbindung und Mobilität, der Vorbildcharakter des Projektgebiets bei der Energiewende sowie die industriellen Innovationen. Mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung unterstrich die Landesregierung erneut ihr Engagement und ihre Bereitschaft, im Rahmen dieses Prozesses Möglichkeiten für deutsch-französische Kooperationsprojekte zu prüfen, um die Grenzregion zu einer zukunftsgewand-

ten Modellregion, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien, weiterzuentwickeln.

Im Rahmen dieses Zukunftsprozesses wurde außerdem eine erste Machbarkeitsstudie zur Bahnstrecke Colmar-Freiburg durchgeführt. Im Anschluss an die Unterzeichnung kündigte der französische Umweltminister François de Rugy in einer Pressekonferenz in Vogelsheim entgegen der zuvor vorgetragenen Einwände der deutschen Seite die Beauftragung der EDF durch die französische Regierung zur Entwicklung eines Rückbauzentrums für die Zerlegung und Weiterbehandlung von Großkomponenten aus rückzubauenden Kernkraftanlagen, ein sogenanntes „Techno-Centre“, auf dem aktuellen Gelände des Atomkraftwerks Fessenheim an. Dieses Projekt wird seitens der Landesregierung abgelehnt, da es hierfür nach aktuellem Kenntnisstand auf deutscher Seite keinen Bedarf gibt, und davon auszugehen ist, dass ein solches Vorhaben seitens der Bevölkerung wenig Akzeptanz erfahren wird.

Dritte Länderkonferenz Frankreich

Am 18. März 2019 trafen sich auf Einladung von Herrn Staatssekretär Ratzmann Vertreterinnen und Vertreter der drei deutschen Grenzländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland anlässlich der dritten Länderkonferenz Frankreich in Stuttgart. Für die Landesregierung Rheinland-Pfalz nahm die Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, Heike Raab, an der Sitzung teil. Die Landesregierung des Saarlandes war aufgrund einer kurzfristigen Verhinderung von Herrn Staatssekretär Roland Theis auf Arbeitsebene vertreten. Im Rahmen des Treffens wurde über die im Vertrag von Aachen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vereinbarten Maßnahmen diskutiert, vor allem über den in Artikel 14 angekündigten neuen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Dieser Ausschuss bietet die Möglichkeit, weitere Hindernisse für die Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion abzubauen. Hierfür gilt es,

auch etablierte und erfolgreiche Strukturen und Gremien am Oberrhein mit einzubinden, um einen engen inhaltlichen Austausch zu gewährleisten und den Aufbau von Doppelstrukturen, besonders zum bestehenden Format der trinationalen Regierungskommission, zu vermeiden. Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt stellte das Thema Mobilität und Verkehr dar. Besonders im Bereich der grenzüberschreitenden Lückenschlüsse im Schienenverkehr besteht weiterhin ein großer Handlungsbedarf, der nur mit finanzieller Unterstützung des Bundes und der EU realisiert werden kann.

Das Format wurde im Jahr 2017 aus Anlass der französischen Territorialreform eingeführt. Teilte sich die jeweilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit der drei Grenzländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland vor der Territorialreform noch auf die französischen Regionen Alsace bzw. Lorraine auf, so ist heute die französische Region Grand Est der gemeinsame Ansprechpartner auf regionaler Ebene für alle drei Länder.

Politische Gespräche

Am 6. Februar 2019 empfing Herr Ministerpräsident Kretschmann die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes in der Villa Reitzenstein. Das Treffen diente dem Kennenlernen und dem Austausch über aktuelle politische Themen in der Zusammenarbeit Baden-Württembergs und Frankreichs. Zuvor bot sich für Herrn Ministerpräsident Kretschmann am 18. Januar 2019 im Rahmen eines Antrittsbesuchs Gelegenheit zum Kennenlernen der neuen französischen Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Catherine Veber.

Frankreich-Konzeption

Am 11. März 2019 kamen auf Einladung des Staatsministeriums Vertreterinnen und Vertreter aller Ressorts zum zweiten Treffen der interministeriellen Arbeitsgruppe „Frankreich-Konzeption“ in der Villa Reitzenstein zusammen. Frau Ministerialdirigentin Karin Scheiffele informierte über den aktuellen Sachstand und die nächsten Schritte im

Vorfeld der Verabschiedung der zugehörigen Kabinettsvorlage. Unter anderem wurden die Umsetzung erster Maßnahmen und das weitere Vorgehen hinsichtlich der Finanzierung der in der Konzeption hinterlegten Maßnahmen erläutert.

X. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Politische Gespräche von Frau Staatsministerin Schopper in Brüssel

Frau Staatsministerin Schopper war vom 6. bis 7. Februar 2019 zu Gesprächen in Brüssel. Beim Treffen mit Herrn Detlef Boeing, Generaldirektion Nachbarschaftspolitik im Referat Albanien und Bosnien-Herzegowina, wurden das Engagement des Landes in der Region und die Kooperation im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum sowie die Entwicklung der Beitrittsperspektiven der Staaten thematisiert.

Die beiden Makroregionalen Strategien sowie die Europäische Territoriale Zusammenarbeit wurden zudem mit Lena Andersson-Pench, der Direktorin für interregionale Zusammenarbeit und Makroräumstrategien, und Álvaro de Elera im Kabinett von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, besprochen. Bei Frau de Elera wurde zudem die Sorge zu Rechtsstaatlichkeitsentwicklungen in Ungarn zum Ausdruck gebracht. Ein genereller Austausch konnte mit dem ständigen Vertreter der Republik Österreich stattfinden. Abgerundet wurde die Reise mit Gesprächen mit Jürgen Müller, dem Kabinettschef des Europäischen Umweltkommissars, und Herrn Thomas Henrichs, Referatsleiter Luftqualität der Generaldirektion Umwelt, zur Debatte um Grenzwerte der Luftreinhalte richtlinie.

Gemischte Regierungskommission mit Kroatien

Am 14. und 15. Februar 2019 fand die zehnte Sitzung der Gemischten Regierungskommission mit Kroatien unter Leitung von Frau Staatsministerin Schopper und der Staatssekretärin im kroatischen Außenministerium, Andreja Metelko-Zgombić, in Stuttgart statt. Der Teilnehmerkreis bestand aus Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien,

Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und anderen Bereichen der Donauzusammenarbeit.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildete die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit. In den Bereichen Digitalisierung der Wirtschaft, Industrie 4.0, Start-ups sowie Technologietransfer ist geplant, einen verstärkten bilateralen Erfahrungsaustausch mit Expertinnen und Experten sowie Informationsveranstaltungen für kroatische und baden-württembergische Unternehmen zu generieren, um die gegenseitige Markterschließung zu erleichtern. Kroatische Unternehmen sollen an zukünftigen Start-up Summits sowie am Digitalgipfel im Frühjahr teilnehmen können. Baden-Württemberg lädt Start-ups aus Kroatien zudem ein, sich bei den Start-up Accelerators zu bewerben, um Kontakte zu Unternehmenspartnern und Unternehmensnetzwerken zu erhalten. Weitere Angebote betreffen den Besuch einer kroatischen Wirtschaftsdelegation sowie die Intensivierung der Kooperation durch gemeinsame Projekte im Rahmen des Interreg-Donauprogramms und der Donaoraumstrategie.

Die baden-württembergische Polizei unterstützt Kroatien bereits seit mehreren Jahren erfolgreich beim Auf- und Ausbau der Kriminal- und Verkehrsprävention. Im Jahr 2019 wird die Zusammenarbeit weiter vertieft werden. Zahlreiche Maßnahmen sind bereits in Planung, darunter die Durchführung von Seminaren, Hospitationen sowie die Unterstützung bei der Einrichtung lokaler Präventionszentren. Im schulischen Bildungsbereich steht mit der fachlichen Unterstützung kroatischer Deutschlehrkräfte im Rahmen des Landeslehrerentsendeprogramms und fachbezogener einwöchiger Fortbildungen in Baden-Württemberg die Förderung des Deutschunterrichts im Mittelpunkt. Schülerinnen und Schüler haben zudem weiterhin Gelegenheit zum Austausch und zur Zusammenarbeit durch die Teilnahme an Angeboten wie dem Donau-Online-Projekt oder dem Donaujugendcamp.

Die guten Beziehungen zwischen dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem kroatischen Landwirtschaftsministerium werden weiter ausgebaut. So wird die bestehende Zusammenarbeit bei der Biodiversität im Bereich Weinbau, aufbauend auf dem Kongress „Weinbau.Zukunft.Donauraum“ vom November 2018, mit dem Projekt „Auswirkungen des Klimawandels auf den Weinbau und Weintourismus“ weitergeführt. Das Training- and Competence Center - TCC Danubius - aus Ulm wird weiterhin eine Reihe von Kursen zur Weiterbildung im Wassersektor in kroatischer Sprache anbieten. Aktuell ist dies das einzige fachspezifische Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen für den Wassersektor in Kroatien.

Deutsch-Amerikanisches Zentrum / James F. Byrnes-Institut (DAZ)

Herr Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei, Dr. Florian Stegmann, wurde am 25. Januar 2019 einstimmig vom Vorstand des Deutsch-Amerikanischen Zentrums / James F. Byrnes-Institut in Stuttgart zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Er folgt damit auf Herrn Staatssekretär a.D. Dr. h.c. Rudolf Böhmler, der den Vorstandsvorsitz über 18 Jahre engagiert innehatte. Das Land ist mit insgesamt vier (Deutsch-Amerikanisches Zentrum in Stuttgart und drei Deutsch-Amerikanische Institute in Tübingen, Heidelberg und Freiburg) von bundesweit zwölf solcher Einrichtungen Schwerpunktland der Deutsch-Amerikanischen Beziehungen. Neben der Förderung der Beziehungen im Sinne der Sicherung und Pflege dauerhafter Freundschaft und gegenseitigen Verständnisses und der Vermittlung der Kultur und der Werte beider Nationen über Vorträge, Konzerte, originalsprachige Filmprogramme, Diskussionsveranstaltungen und Seminare sowie einem großen Angebot an Sprachkursen durch Muttersprachler, übernehmen die Institute zunehmend weitere wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben.

XI. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand im 1. Quartal des Jahres 2019 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Eine-Welt-Promotoren-Programm

Am 1. Januar 2019 startete die dritte Phase des Programms, das alle Mitgliedsorganisationen des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg weiterhin aktiv begleiten und unterstützen. Sie begrüßen die Aufstockung, die insbesondere den acht Regional-Promotoren zugutekommen wird.

Afrika im Blick

Auf der Grundlage der Experten-Anhörungen in den Ressorts und mit den gesellschaftlichen Akteuren legte das Arnold-Bergstraesser-Institut eine vorläufige Analyse der Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Afrika vor, die aktuell zur Stellungnahme bei den Ressorts und den Akteuren liegt. Die Analyse soll zur Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 27. April 2019, bei der sie zur Diskussion gestellt werden soll, dementsprechend fortgeschrieben sein.

Partnerland Burundi

Am 27. März 2019 fand die Vergabebesitzung für die neue Burundi-Förderlinie im Rahmen der SEZ-Förderung bwirkt! durch Mittel des Landes Baden-Württemberg statt. Ein Expertengremium konnte so elf Projekte in Burundi auswählen, die in den Bereichen Friedensförderung, Ernährungssicherung und Einkommensgenerierung einen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Landespartnerschaft leisten.

Hope Theater Nairobi

Am 25. März 2019 feierte das Bildungsprojekt, das vom Staatsministerium von Beginn an ideell und finanziell unterstützt wurde, sein zehnjähriges Bestehen. Dies ist eine sozialpolitische Theatergruppe aus Nairobi (Kenia), die von jungen Erwachsenen aus den Armenvierteln

der Metropole getragen wird. Ein bestimmender Teil der Arbeit ist der Austausch mit dem deutschen Publikum aller Altersklassen, vor allem aber auch mit Schülerinnen und Schülern. Den Mitwirkenden ist es ein Anliegen, das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Afrika und Europa von afrikanischer Seite unsentimental, urban und authentisch zu beleuchten.